

Berlin-Reinickendorf, St.-Sebastian-Friedhof

Deutschland

Gesamtbelegung: 314 Tote

52°34'15.7"N; 13°20'12"E



Direkt neben der Kapelle wurde 1989 durch die Zusammenlegung der über den Friedhof verstreut liegenden einzelnen Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft eine geschlossene Anlage geschaffen..

Die meisten Toten dieser Anlage starben bei den Luftangriffen auf Berlin von Ende 1943 bis Anfang 1944 und ab März 1945. Oft hatte es auch die Schutzsuchenden in Luftschutzkellern getroffen. Durch die Bomben sind ganze Häuser in sich zusammengestürzt und begraben

die Menschen unter sich. Tote wurden danach mühsam aus den Trümmern geborgen. Andere Bombenopfer, die nicht in den Trümmern ums Leben kamen, verstarben häufig an den erlittenen Granatsplitterverletzungen.

Innerhalb der Gräberanlage befinden sich auch 2 Sammelgräber, die jeweils mit Bronzenamenstafeln ausgestattet sind. Auf der einen Tafel wird 33 polnischer Zwangsarbeiter gedacht, die am 23.11.1943 bei einem Luftangriff in ihrem Arbeitslager in der Graf-Rödern-Allee zu Tode kamen..

In dem zweiten Sammelgrab wurden Urnen von KZ-Opfern beigesetzt. Obwohl eigentlich keine Urnenbeisetzungen auf katholischen Friedhöfen erlaubt waren, wurde hier doch immer eine Ausnahme gemacht, da die Toten in den KZ's verbrannt wurden, um u. a. die Erkenntnis zu verhindern, dass die Todesursache möglicherweise eine andere war, als das üblicherweise angegebene Herz- Kreislaufversagen. Nach Bestattungswünschen wurde nicht gefragt, sondern die Angehörigen durften in den Fällen, in welchen überhaupt Urnen zugesandt wurden, noch alle Kosten des Versands tragen. Bei den hier beigesetzten Toten handelt es sich überwiegend um Sinti und Roma katholischer Religionszugehörigkeit. Diese mussten in der KZ-Haft einen schwarzen Winkel auf ihre Häftlingskleidung nähen, der Asoziale kennzeichnen sollte, wie Landstreicher, Bettler oder sogenannte Zigeuner. Zur Unterscheidung trugen z. B. politische Gefangene rote, kriminelle Gefangene grüne oder Homosexuelle rosa Winkel.

Mit der Unterstützung von



Die
Bundesregierung



Auswärtiges Amt